



Wir, demokratische Sozialistinnen und Sozialisten, demokratische Linke mit unterschiedlichen politischen Biografien, weltanschaulichen und religiösen Einflüssen, Frauen und Männer, Alte und Junge, Alteingesessene und Eingewanderte, Menschen mit und ohne Behinderungen, haben uns in der Partei **DIE LINKE** zusammengeschlossen. Wir halten an dem Menschheitstraum fest, dass eine bessere Welt möglich ist. Auch in Wermelskirchen bedarf es einer starken linken Opposition, die die Probleme in unserer Stadt anspricht und alternative Lösungen aufzeigt.

Der Schuldenautomatismus der vergangenen Jahre, prägt auch in Wermelskirchen wesentlich das Denken und den Umgang mit den aus dem Ruder laufenden Finanzproblemen. Trotz der Schuldenproblematik, der wir uns bewusst sind, nehmen wir Linke zum Beispiel davon Abstand, die Sparschrauben immer enger zu ziehen. Gerade an den sozialen Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger darf nicht noch mehr gespart werden. Einrichtungen wie zum Beispiel die Musikschule, die Bücherei oder auch der Kulturstandort Katt müssen unbedingt erhalten und weiter gefördert werden

DIE LINKE WERMELSKIRCHEN wird sich im Stadtrat und in den Ausschüssen dafür einsetzen, dass das soziale Umfeld zum Wohle aller! Bürgerinnen und Bürger weiter ausgebaut wird. Uns ist aber klar, dass Alles unter einem Finanzierungsvorbehalt steht. Unser Programm ist eine Leitlinie für die zukünftige Arbeit als Partei und Fraktion.

Thema: Gegen Hetze, für Antifaschismus

Die rechte Szene hat sich in den letzten Jahren verändert. Zu den Kommunalwahlen 2014 waren noch die NPD und die PRO-Bewegungen im rechten Spektrum vertreten. Auch die rechtsextreme AfD war bei den letzten Kommunalwahlen im Land erstmals vertreten. In Wermelskirchen konnte man in Fraktionsstärke in den Rat der Stadt einziehen.

Eine der zentralen politischen Aufgaben einer sozialen Partei ist die Bekämpfung rechtsextremer und rechtsterroristischer Gruppierungen, Parteien und Netzwerke. Sie verbreiten Furcht und Gewalt und behindern emanzipatorische gesellschaftliche Entwicklungen. Da die "bürgerlichen" Parteien nicht ernsthaft gegen diese Entwicklung vorgehen, ist es Aufgabe der gesellschaftlichen Linken entschiedenen Widerstand und Selbstschutz zu organisieren.

Die Stärkung des antifaschistischen Widerstandes sollte mit der Zusammenarbeit und Einbindung der gesellschaftlichen Linken mit demokratischen Migrant*innenverbänden und Flüchtlingsgruppen einhergehen. Sie sind natürliche Verbündete. Für uns Linke ist die Konfrontation mit Nazis, Faschisten und Wutbürgern in den kommunalen Vertretungen nicht einfach.

DIE LINKE WERMELSKIRCHEN folgt dem „Berliner Konsens“, der eine strikte Linie vertritt: Keine freundlichen Umgangstöne mit Nazis, Faschisten und "bürgerlichen" Wutbürgern. Konsequente Haltung bei Abstimmungen!

Thema: Arbeit im öffentlichen Dienst

Die Städte und Landkreise in NRW stehen in der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik vielerorts vor großen Herausforderungen. Neoliberale Politik und wirtschaftlicher Strukturwandel haben ihre Spuren hinterlassen. Kommunale Selbstverwaltung und eine Politik im Interesse der Bürgerinnen und Bürger werden dadurch massiv in Frage gestellt.

Auch bei uns in Wermelskirchen zeigen sich die Folgen: Teile der Innenstadt veröden, weil Geschäfte leer stehen und der Einkommens- und Kaufkraftverlust der berufstätigen Menschen unmittelbar zu spüren ist. Einen Wohnungswechsel können sich nur noch besser Verdienende leisten. In den kommunalen Verwaltungen und Einrichtungen erfolgte trotz wachsender Aufgaben ein Stellenabbau.

Diese Entwicklungen haben zu einer erheblichen Arbeitsbelastung im Öffentlichen Dienst und hohen Krankenständen der Mitarbeiter*innen und zu einer spürbaren Verschlechterung der kommunalen Daseinsvorsorge geführt. Viele Bereiche der Kommunalverwaltung stehen am Rande ihrer Leistungsfähigkeit, mancherorts droht gar der Zusammenbruch kommunaler Leistungen und Angebote. Die interne Fachkompetenz in Verwaltungen ging verloren. Stattdessen wuchs die Abhängigkeit von kostenintensiven externen privaten Dienstleistern und Beratern, insbesondere bei Bauleistungen und Infrastrukturprojekten.

DIE LINKE WERMELSKIRCHEN tritt deshalb für folgende Ziele ein:

- Kein weiterer Stellenabbau im öffentlichen Dienst
- Die unbefristete Übernahme von Auszubildenden
- Kommunale Personalentwicklungs- und -aufbaupläne
- Den Ausbau kommunaler Eigenbetriebe zur öffentlichen Daseinsvorsorge
- Sachgrundlose Befristungen sind ausnahmslos abzuschaffen
- Anspruch auf bezahlte Qualifizierungsmaßnahmen
- erforderliche Unterstützungsmaßnahmen (z.B. Kinderbetreuung)

Thema: Digitalisierung der Kommune

Die Digitalisierung von Verwaltungsprozessen kann für Einwohner*innen und Unternehmen eine große Entlastung bedeuten, weil weite Anfahrten in Flächenkreisen oder lange Wartezeiten entfallen. Breite, niedrigschwellige Angebote unter hohen Datenschutzstandards müssen daher deutlich ausgebaut werden. Gleichzeitig ist darauf zu achten, dass Menschen ohne Zugang zu digitalen Technologien nicht von den öffentlichen Dienstleistungen der Kommune ausgeschlossen werden.

Der Ausbau von digitaler Infrastruktur in Wermelskirchen geht zu langsam voran. Menschen, die im Home- Office arbeiten, Unternehmen und Privatnutzer*innen brauchen schnelle Internet-Verbindungen. Vor allem kleine und mittelständische Unternehmen werden stark ausgebremst; Standorte und Arbeitsplätze gefährdet. Wermelskirchen muss dafür sorgen, dass bei Straßenerneuerungen und Neubauten Glasfaserkabel verlegt werden

DIE LINKE WERMELSKIRCHEN fordert folgende Punkte:

- Schaffung von Stellen für Digitalisierungsbeauftragte
- Eine Ausweitung von sozialökologischen Smart City-Projekten
- Ausbau des Glasfasernetzes mit mindestens 1000 m/Bits
- Anschluss aller Schulen ans Breitbandnetz
- Digitale Endgeräte an allen Schulen für alle Schüler*innen.
- Aus- und Weiterbildung im Themenbereich Digitalisierung im öffentlichen Dienst
- Kostenlose Bildungsangebote für digitale Einsteiger
- Ausbau von öffentlich zugänglichen WLAN-Punkten
- Die Ausweitung digitaler Angebote der kommunalen Verwaltungen, um Behördengänge möglichst ohne Anreise oder Wartezeiten erledigen zu können
- Die Einführung von Open Source-Software in der Stadtverwaltung, um die Unabhängigkeit von digitalen Großkonzernen zu gewährleisten

Thema: Kinder und Jugend

In den Kommunen entscheiden die Jugendhilfeausschüsse und Gemeinderäte über die kurz-, mittel- und langfristige Ausbauplanung der Kindertagesbetreuung, über neue Kitas, neue Kitaträgerschaften, die Ausgestaltung von Tagespflege u.v.m. Außerdem sind sie Träger von Berufskollegs, welche die händeringend gesuchten Erzieher/innen ausbilden, die in ihren

gemeindeeigenen Kitas auch Praktikumsplätze im Rahmen der praxisintegrierten Ausbildung anbieten können.

Trotz des seit 2013 bestehenden Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab einem Jahr sind verlässliche, gute Ganztagsangebote in Kitas nach wie vor Mangelware. Gerade für Unter-Drei-Jährige gibt es zu wenig Kitaplätze, der Ausbau stockt, besonders Eltern junger Kinder werden mit Tagespflegeplätzen abgespeist. Viele Eltern wünschen sich anstelle von Tagespflege von Anfang an einen Kitaplatz für ihre Kinder. Gründe sind die bessere Vereinbarkeit mit dem Beruf und die Vorteile frühkindlicher Bildung.

Die LINKE WERMELSKIRCHEN tritt ein für:

- öffentlich geförderte, wohnortnahe und gut ausgestattete Kita-Plätze für alle Kinder, deren Eltern das wünschen, von Anfang an
- den Ausbau von U3-Plätzen vor allem in Kitas entsprechend den Wünschen der Eltern, um die Betreuungsquote trotz steigender Geburtenzahlen zu erhöhen
- Kitaneubau durch kommunale Bauträger statt durch Privatinvestoren, an die keine Grundstücksvergabe stattfinden sollte. Teure Mietverträge mit Investoren gehören auf den Prüfstand
- ausreichend öffentlich-geförderte Kitaplätze insbesondere in kommunaler Trägerschaft und in Einrichtungen, die der Kommune gehören. Die Trägervielfalt ist zwar zu erhalten, Zugangskriterien müssen aber transparent gemacht werden
- den Ausbau der Erzieher/innenausbildung in städtischen Berufskollegs und die Einrichtung von Praktikumsplätzen im Rahmen der praxisorientierten Ausbildung und des Anerkennungsjahres
- für inklusive Kitas muss die Versorgung mit multiprofessionellen Teams mit Therapeut*innen langfristig gesichert sein
- eine kostenlose und hochwertige Essensversorgung für alle Kinder in der gebührenfreien öffentlichen Kindertagesbetreuung
- die Abschaffung von Kitabeiträgen in Wermelskirchen.
- ein ausreichendes Angebot an gutem und bezahlbarem Wohnraum für Familien
- eine Wohnumfeld-Gestaltung mit geringer Feinstaubbelastung, verkehrsberuhigten Straßen und bedarfsgerechten Spielplätzen. Mittel für Stadtentwicklung, Spielplatzausbau und Grün- und Freiflächen müssen v.a. in benachteiligte Sozialräume und ihre Aufwertung fließen
- den Erhalt und Ausbau von Streetwork- und Beratungsangeboten
- den Erhalt und den Ausbau von Familienberatungsstellen und der Erziehungshilfe
- Hilfen zur Erziehung unabhängig von Haushaltssperren und -deckeln, insbesondere präventive Angebote wie Beratung für Kinder und Jugendliche ausbauen statt kürzen
zielgruppengerechte Informationen für Kinder, Jugendliche und Familien zu allen Hilfs- und Beratungsangeboten

Thema: Rechte für Kinder und Jugendliche

Kinder und Jugendliche besitzen wie junge Erwachsene ein Grundrecht auf Gleichstellung und auf Teilhabe. Dennoch wird Kinder- und Jugendpolitik mit dem Verweis auf leere Kassen vernachlässigt, Angebote werden abgebaut und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe gekürzt. Besonders präventive Angebote wie die dringend benötigten Jugendzentren sind von kommunaler Kürzungspolitik bedroht. DIE LINKE Wermelskirchen tritt diesem „Sparen am falschen Ort“ in Wermelskirchen entgegen, um gleichberechtigte Zugänge zu Bildungs- und Freizeitangeboten für alle Kinder und Jugendliche zu erhalten. Wir wollen mehr Freiräume schaffen für Jugendliche schaffen.

Kinder und Jugendliche brauchen partizipativ gestaltbare Freiräume und nichtkommerzielle Spiel-, Sport- und Freizeitgelegenheiten. Dennoch fallen solche lebensweltlich orientierten und präventiv wirkenden Lernorte und Teilhabemöglichkeiten häufig dem Sparzwang zum Opfer. Gerade Kinder und Jugendliche aus armen Familien werden so in ihrer Freizeitgestaltung massiv benachteiligt. Die Politik vor Ort berücksichtigt immer weniger ihre Bedürfnisse und entscheidet an ihnen vorbei. Dabei sind aufgrund der zunehmenden gesellschaftlichen Spaltung in Arm und Reich wohnortnahe kostenfreie Angebote für Kinder und Jugendliche unverzichtbar.

Die LINKE WERMELSKIRCHEN tritt ein für:

- die besondere Förderung von Kinder- und Jugendeinrichtungen in sozial belasteten Stadtteilen. Selbstverwaltete Räume (Alternative- und Jugendzentren) wollen wir stärken. Entsprechende Angebote sollen ausreichende Sach- und Personalausstattung mit mehr Struktur- und weniger Projektförderung erhalten.
- die besondere Förderung von (barrierefreien) Spielplätzen in sozial belasteten Gebieten, die von Kindern und Jugendlichen partizipativ mitgestaltet werden. Dies schließt auch Freiflächen als zwanglose Treffpunkte für Jugendliche, außerschulische Lernorte und die Öffnung aller Schulhöfe als Spiel- und Aufenthaltsräume ein
- die Nutzung von Sportplätzen, -hallen und Schwimmbädern unabhängig von einer Vereinszugehörigkeit. Hallenbad mit niedrigen Preisen und kostenfrei nutzbare Sportstätten müssen erhalten bleiben
- flächendeckende Einführung und Ausbau kostenloser Ferienspielaktionen und kostengünstiger Ferienfreizeiten
- einen Kinder- und Jugendrat auf kommunaler Ebene mit Vertretungsrecht in den örtlichen Parlamenten und dessen Beteiligung an allen kinder- und jugendrelevanten kommunalen Entscheidungen
- das Herabsenken des Wahlalters bei Bürgerbegehren, -entscheiden und Kommunalwahlen auf 14 Jahre
- ausreichende personelle und finanzielle Unterstützung kultureller Jugendinitiativen wie kostenlose Probe- und Versammlungsräume und gebührenfreier Zugang zu technischem Equipment und Musikinstrumenten
- bedarfsgerechte Angebote der Kinder- und Jugendkultur als verpflichtender Bestandteil im Kinder- und Jugendförderplan
- kostenlosen Eintritt für Kinder und Jugendliche bei allen kommunalen Angeboten
- kostenlose Monatstickets für alle Kinder und Jugendliche unabhängig von der Entfernung zwischen Schule und Wohnort
- eine zehnpromtente Ausbildungsquote für städtische Betriebe und Verwaltungen einschließlich Übernahmegarantie, Praktikums-Vergütungen in städtischen Betrieben und Verwaltungen
- die Schaffung von kommunalen Aus- und Weiterbildungsverbänden unter Beteiligung der örtlichen Stellen wie Berufsschulen, Agentur für Arbeit, Jobcenter, Kammern und

Stadtverwaltung. Jobcenter sollen sich verpflichten, den Auszug von Jugendlichen unter 25 Jahren aus einer Bedarfsgemeinschaft generell zu genehmigen

Thema: Kultur in Wermelskirchen

Kunst und Kultur sind für LINKE Kommunalpolitik essenzieller Bestandteil des Lebens aller Menschen. Der Kulturauftrag des Landes NRW und seiner Kommunen genießt nach Art. 18 der Landesverfassung NRW Verfassungsrang. Kunst und Kultur dürfen aber nicht Zeitvertreib einiger Weniger sein, sondern an Kultur müssen alle teilhaben können – unabhängig von Alter, Geschlecht oder ethnischer Herkunft.

NRW war immer ein Einwanderungsland und bleibt es auch. Menschen aus anderen Ländern in der zweiten oder dritten Generation leben hier und sind Wandler*innen und Mittler*innen zwischen verschiedenen Kulturen. Das gilt in gleichem Maße für Geflüchtete. In den Großstädten NRWs wird bald jede*r zweite Einwohner*in einen Migrationshintergrund haben. In der Jugendbevölkerung ist dieser Anteil bereits erreicht oder wird sogar überschritten. Alle Menschen sind uns willkommen und mit ihnen auch ihre vielfältige und unterschiedliche Kultur.

Es ist eine der wichtigsten Aufgaben der Kulturpolitik, sich dieser wachsenden kulturellen Vielfalt zu öffnen, sie zu beleuchten, zu fördern und den Kulturschaffenden eine Möglichkeit der Präsentation zu geben. Eine lebendige Kulturpolitik muss gewährleisten, schaffenden Künstler*innen und Denker*innen, egal woher sie kommen, eine Plattform des Austauschs zu bieten, die den freiheitlichen Diskurs und das Beisammensein ermöglicht. Kultur kann ohne integrative Bestandteile nicht funktionieren.

Der überwiegende Teil der Menschen, die beruflich mit Kultur zu tun haben, werden schlecht bezahlt und arbeiten unter prekären Bedingungen. Frauen und Menschen mit einem anderen kulturellen Hintergrund sind in den Führungspositionen der Kultureinrichtungen und der Kulturverwaltungen weit unterrepräsentiert, obwohl gerade sie besonders zur kulturellen Vielfalt und kulturellen Entwicklung beitragen könnten. Achtzig Prozent der im Kultursektor Tätigen sind weiblich, wobei die leitenden Positionen überwiegend von Männern besetzt sind.

DIE LINKE WERMELSKIRCHEN fordert daher:

- nachhaltige und auskömmliche Finanzierung der Kunst- und Kulturschaffenden
- geschlechtergerechte Besetzung aller Stellen im Kultursektor, insbesondere bei leitenden Positionen
- Lohnfairness zwischen Frauen und Männern bei gleichwertiger Arbeit
- Festanstellung von Künstler*innen an Schulen, Musikschulen und Volkshochschulen
- institutionelle Förderung von Künstler*innen und Kultureinrichtungen, statt ausschließlicher Projektförderung; kommunale Beratungsangebote zur Projektförderung
- Gleichsetzung der Hochkultur mit der freien Off- und Subkultur bei der Projektförderung

- kostenfreie Zugänglichkeit zu Museen und Ausstellungen als Träger öffentlichen Kulturgutes kostenfreie Zugänglichkeit zu Museen und Ausstellungen als Träger öffentlichen Kulturgutes kostenfreie musische Förderung von Kindern von Leistungsbezieher*innen über das Bildungs- und Teilhabepaket und andere Projekte hinaus

Thema: Sport ist Lebensqualität

Die Sportvereine sind in den meisten Kommunen die Vereine mit den höchsten Mitgliederzahlen. Fast 30% der Menschen in Deutschland sind Mitglied in einem Sportverein. Viele betätigen sich auch ohne Verein regelmäßig sportlich. Diese Zahlen machen deutlich, welchen Stellenwert der Sport in der Bevölkerung hat.

Sportliche Betätigung leistet einen wichtigen Beitrag zu Gesundheit, Gemeinschaft und kultureller Teilhabe – von einfachen Übungen im Vorschulalter und dem Schulsport über sportliche Betätigung während der Berufsjahre bis hin zu qualifizierter Bewegung im Alter. Es ist deshalb falsch, wenn Kommunen, wie z.B. Wermelskirchen, unter dem Druck der Nothaushalte als erstes im Sporthaushalt zu kürzen versuchen.

Insbesondere für den Hochleistungssport mit seinen nationalen und internationalen Wettbewerben sind intakte und moderne Sportstätten notwendig, ebenso zur Talentförderung. Hier gilt für LINKE Kommunalpolitik: Es muss Zugangsmöglichkeiten zum Hochleistungssport für alle geben, aber auch einen barrierefreien Zugang für Menschen mit Behinderung.

DIE LINKE WERMELSKIRCHEN tritt ein für:

- bezahlbare Nutzungsentgelte für städtische Sportanlagen und Schwimmbäder und deutlich ermäßigte Sozialtarife für alle Menschen, die staatliche Transferleistungen erhalten
- den Erhalt und Ausbau wohnortnaher Sportstätten, die für alle barrierefrei zugänglich sind
- die Förderung der Teilnahme Aller an sportlicher Betätigung; Sport kann und muss einen Beitrag zur Inklusion leisten
- die besondere Förderung der Teilnahme von Mädchen und Frauen am Sport
- die kommunale Förderung der Einrichtung von Gesundheitszentren durch die Sportvereine mit besonderen Angeboten für Berufstätige, für ältere Menschen, Migranten und Menschen mit Behinderungen
- transparente, kommunale Sportentwicklungs- und Investitionspläne sowie Förderrichtlinien für die Sportvereine, die gemeinsam mit den Vereinen bzw. Sportbünden erarbeitet werden
- besondere Förderung von Vereinen und Projekten mit hohen Anteilen von Kindern, Jugendlichen, Migranten und einkommensschwachen Menschen
- den Ausbau von Kunstrasenfußballplätzen, wo es noch nicht genügend gibt
- kommunale Hilfestellung und Beratung für Sportvereine bei der Erarbeitung von Förderanträgen für Investitionen und Projekte an Land und Bund

- eine „Initiative Vereinssport“ nach dem Vorbild der Stadt Iserlohn, wo die Stadt für jedes Kind, das eingeschult wird, ein Jahr den Beitrag für einen Sportverein übernimmt
- die öffentliche Anerkennung des sportlichen Ehrenamtes und seine Förderung als sozial wichtige Arbeit im Rahmen öffentlicher Beschäftigungsmaßnahmen; die steuerliche Absetzbarkeit ehrenamtlichen Aufwandes (u.a. der Kilometerpauschale)
- die Förderung der Einrichtung und des Erhaltes von Anlagen und Flächen für Trendsportarten wie Skaten
- Erhalt, Weiterentwicklung und Förderung von Fanprojekten, die sowohl präventiv als auch die gewaltbereite aktive Fanszene begleitend arbeiten, in Kooperation mit den entsprechenden Sportvereinen.

Thema: ökologischer und sozialer Wandel

LINKE Kommunalpolitik im Bereich Klima und Umwelt tritt angesichts der globalen Klimakatastrophe dafür ein, dass alles getan wird, um die bereits jetzt unausweichlichen Folgen für die Menschen in Städten und Gemeinden, mit allen auf kommunaler Ebene möglichen Mitteln zu mildern und einer weiteren Verschlechterung der Lage durch entschlossenen Klimaschutz entgegenzuwirken. Die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge und die Schaffung sozialer Gerechtigkeit für alle Bürger*innen müssen die obersten Prinzipien linker Kommunalpolitik sein.

Die Klima- und Umweltpolitik, die wir LINKE IN WERMELSKIRCHEN wollen, ist:

- sozialökologisch und anti-kapitalistisch
- Ressourcensparsamkeit und Recycling-Konzepte
- kommunale Energieautonomie, dezentrale Energieversorgung
- eine Klimabilanz der Kommune und eine Potentialanalyse für die Reduktion der Klimabelastung, die in regelmäßigen Abständen fortgeschrieben werden
- eine regelmäßige öffentliche Berichterstattung über bereits erfolgte Maßnahmen und den Stand der Zielerreichung
- einen Paradigmenwechsel, weg von einer ausbeutenden, die Regionen auszehrenden kapitalistischen Globalisierung, hin zu einer partizipatorischen, kooperativen und solidarischen Regionalwirtschaft
- Artenvielfalt in unserer Kommune
- CO₂-Neutralität durch den Ausbau regenerativer Energien
- Hitzeinseln sollen identifiziert und auf das Vorhandensein kritischer Einrichtungen überprüft werden. Maßnahmen zu Schutz dieser Einrichtungen sollen ergriffen werden
- Bei der Neupflanzung von Bäumen sollen heimische Sorten bevorzugt werden, sofern sie auch den veränderten Bedingungen der Klimaerwärmung noch angepasst wären
- Baumschutzsatzungen sowie Baumkatastern in Wermelskirchen
- erstellen von Hitzeaktionspläne für Hitzewellen.
- Verkehrsinseln und das verkehrsbegleitende Grün sollen als Lebensraum für wilde Blühpflanzen und Insekten extensiviert werden

Thema: Agrarpolitik und regionale Landwirtschaft

LINKE Kommunalpolitik hat zum Ziel, dass Agrarpolitik sozial, ökologisch und am Tierwohl orientiert ist. Dem Naturschutz und dem Schutz der Artenvielfalt kommt durch die Folgen des menschengemachten Klimawandels eine besondere Rolle zu. Ebenso ist es unabdingbar, regionale Agrarbetriebe aus den Fängen der globalen Konzerne zu befreien und die regionale Landwirtschaft zu stärken.

DIE LINKE WERMELSKIRCHEN fordert:

- Kommunales Agrarland soll in der Zukunft ökologisch und ohne Einsatz von synthetischen Pestiziden bewirtschaftet werden.
- Grünland wird derzeit extensiv bewirtschaftet. Dies ist bei Neuverpachtung vertraglich zu vereinbaren. Bestehende Pachtverträge werden in den kommenden zehn Jahren umgestellt oder gekündigt, wenn dies rechtlich möglich ist.
- Auf größeren Ackerschlägen werden feste Wild- und Insekten-Schutzstreifen eingerichtet. Nicht verpachtete oder von der Kommune selbst bewirtschaftete Flächen sollen als Insekten und Wildschutzraum umgestaltet werden.
- Die Kommune initiiert und unterstützt Projekte der solidarischen Landwirtschaft, wie auch Möglichkeiten der regionalen und saisonalen Direktvermarktung für Agrarbetriebe aus der Region.
- Umstellung der Versorgung von allen öffentlichen Kantinen, Schulen und Kindergärten auf ökologische, saisonal und regional erzeugte Nahrungsmittel an.
- Kommunale Wälder müssen erhalten und als standortangepasste Mischwälder naturnah bewirtschaftet werden

Thema: Energiepolitik, regenerativ und dezentral

LINKE Energiepolitik auf kommunaler Ebene braucht eine sozialökologische Wende. Eine sichere, nachhaltige, von Importen unabhängige und für alle bezahlbare Energieversorgung ist das Ziel unserer Politik. Die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger mit Energie gehört in die öffentliche Hand und darf nicht profitorientiert sein.

Wie eine sozialökologische Energiewende für DIE LINKE WERMELSKIRCHEN aussieht:

- sofortiger Ausstieg der kommunalen Energieversorgung aus der Atomenergienutzung.

- erschwinglicher Strom für alle. Den Zugang zu Energie zu ermöglichen ist eine grundlegende Aufgabe staatlicher Daseinsvorsorge. Nicht nur ist der Zugang zu Strom in bestimmten Situationen Lebensnotwendig, ein Leben ohne Strom ist für die meisten Mitglieder unserer Gesellschaft unvorstellbar.
- Die örtlichen Stromnetze und der örtliche Energieversorger gehören in die öffentliche Hand.
- Die Sanierung des alten Gebäudebestandes wird mit einer Sanierungsrate von mindestens 5 % p.A. Vorangetrieben.
- Neue städtische Gebäude werden mindestens nach Effizienzstandard KFW 55, mit einer PV-Anlage und – wo immer möglich – gleichzeitig mit einem begrünten Dach gebaut.
- Ziel linker kommunaler Politik muss die Ausstattung aller geeigneten Dächer mit Photovoltaikanlagen sein. Beim Verkauf städtischer Grundstücke und im Rahmen von vorhabenbezogenen Bebauungsplänen werden private Bauherren durch städtebaulichen Vertrag zur Errichtung von Photovoltaikanlagen verpflichtet. Eine generelle Verpflichtung zur Errichtung von Photovoltaikanlagen bei Neubauten wird angestrebt.

Thema: Tierschutz-Politik

Seitdem 2013 durch die Novellierung des Tierschutzgesetzes der Tierschutz zum Staatsziel erklärt wurde, hat sich für die Tierwelt nicht wirklich viel verbessert. Die Tierwelt insgesamt - insbesondere die sogenannten Nutztiere - werden durch das bestehende Tierschutzgesetz völlig entrechtet und dem Kapitalismus unterworfen und geopfert. Haustiere genießen nur insoweit Rechte, wie sie eine/n fürsorgliche/n Besitzer*in haben.

LINKE Kommunalpolitik kann das bestehende Tierschutz-Gesetz nicht ändern, aber wir könnten mit geeigneten Maßnahmen auf kommunaler Ebene gegensteuern. Der Schutzauftrag des Staates beschränkt sich nicht nur auf den Menschen. Wir wollen natürliche Lebensgrundlagen erhalten und Landschaften renaturieren. Wir wollen Schinderei und quälereisiche Haltungsweisen beenden und wissen doch, dass keine Gefangenschaft jemals zu 100 % artgerecht sein kann. Wir wollen, dass der respektvolle Umgang mit Tieren erlernt und praktiziert wird. Statt weiter zunehmender Konzentration von Nahrungsmittelproduktion müssen regionale Kreisläufe für agrarwirtschaftliche Güter gefördert werden.

Wir sprechen Tieren das Recht auf eine natürliche, artgerechte Existenz zu, unabhängig von ihrem Nutzwert. Eine Verankerung der Tierrechte im Grundgesetz ist eine unserer Kernforderungen.

Im Einzelnen heißt Tierschutz für LINKE Kommunalpolitik in Wermelskirchen:

- keine Genehmigung von Zirkusgastspielen mit Tieren inkl. Ponykarussells auf Volksfesten
- Stärkung von Tierschutz-Organisationen in der Kommune
- Ausbau der Kontrollen durch die Veterinärmedizin
- Verbot von betäubungslosem Schächten
- Soziale Staffelung der Hundesteuer, bzw. solange sie noch besteht Umlage auf Tierschutz-Projekte

- kommunale Kastrationspflicht für Katzen im Freilauf
- Ausweitung der Finanzmittel für örtliche Tierheime durch Übernahme der realen Kosten der Tierheimkosten
- Erstellung eines Stadttauben-Konzeptes
- keine Erweiterungsgenehmigungen von Mastanlagen und Schlachtfabriken
- Förderung und Erstellung von Wildtierkorridoren und Wildtierpassagen
- Schutz, Ausweitung und Vernetzung von Naturschutzgebieten fördern, Privatisierungen stoppen
- konkrete Konzepte zur Erhaltung der Artenvielfalt in Wermelskirchen
- Silvesterböllerei dem Tier- und Umweltschutz unterordnen oder ganz verbieten
- Lichtverschmutzung vermeiden (Beispiel: Fulda) zum Insekten- und Pflanzenschutz (orangefarbenes Licht schreckt Insekten ab, nach unten strahlende Lampen, ect.)

Thema: Herausforderungen der Stadtplanung angehen

Die gesellschaftliche Entwicklung und Fragen wie die Klimakatastrophe stellen die Stadtentwicklung vor neue Aufgaben. Auch die Zusammensetzung und Entwicklung der Bevölkerung hat sich vor allem in den Städten in den letzten Jahrzehnten stark verändert. Gut 28 % der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen hat einen Migrationshintergrund, in Köln sind es 38 %. Gleichzeitig wird die Bevölkerung immer älter. Gerade im Ruhrgebiet ist das Durchschnittsalter deutlich höher als im Landesschnitt, eine Folge des Fortzuges ganzer Generationen. Auch daraus ergeben sich Aufgaben für die Stadtentwicklung. Die besonderen Bedürfnisse von Menschen mit Migrationshintergrund müssen stärker berücksichtigt werden - sowohl in kulturellen und sozialen Einrichtungen als auch auf den Friedhöfen. Barrierefreies Wohnen, eine gute Erreichbarkeit von Gesundheits- und Freizeiteinrichtungen sind notwendige Antworten auf eine älter werdende Gesellschaft.

Beim Einzelhandel muss es gerade angesichts der wachsenden Probleme mit dem Individualverkehr um eine quartiersnahe Versorgung gehen. Auch deshalb lehnt die Linke Einkaufszentren auf der „Grünen Wiese“ ab. Gleichzeitig kann das leidige Thema der abends „toten“ Innenstädte nur durch eine Belebung des Wohnens in der Innenstadt gelöst werden – auch wenn Kaufhäuser und Bürogebäude mehr Rendite bringen.

Einsprüche gegen B-Pläne müssen ein größeres Gewicht erhalten. Die Verfahren müssen stärker als bisher auf einen Ausgleich der Interessen setzen und weniger auf die Durchsetzung der Interessen von Investoren.

DIE LINKE WERMELSKIRCHEN tritt ein für:

- Erweiterung der Möglichkeiten zur Bürgerbeteiligung bei Flächennutzungsplan- und Bebauungsplanverfahren; Einschränkung beschleunigter Verfahren, die die Bürgerbeteiligung verschlechtern
- Einschränkung des Flächenverbrauchs mit dem Ziel des „Nullverbrauchs“ durch Vorrang für Innenverdichtung; Begrenzung von Baumaßnahmen im Außenbereich
- das Ausloten von Nachverdichtungsmöglichkeiten - vor allem in den Wachstumsregionen und unter Beachtung des lokalen Freiraumbedarfs und stadtklimatischer Anforderungen. Wo möglich und vertretbar sind Gebäude

aufzustocken, Dachgeschosse auszubauen und leerstehende Gebäude zu Wohngebäuden umzunutzen; zudem sind Baulücken zu schließen und Industrie- und Gewerbebrachen sowie Konversionsflächen zu bebauen. sollten dabei vorrangig als „Urbanes Gebiet“ nach §6a BauNVO ausgewiesen werden, um eine bessere Flächenausnutzung zu gewährleisten.

- eine Verbesserung der Wohnbedingungen und des Wohnumfelds durch Zusammenlegung von kleinen Wohnungen, Unterstützung bei energetischer Sanierung durch kommunale Beratungsstellen und Schaffung von Grünflächen.
- die Verhinderung von Ghettoisierungen von Teilen der Bevölkerung in den Stadtquartieren und bewusstes planerisches Gegensteuern gegen die Herausbildung von armen und reichen Stadtteilen; das Ziel gleichwertiger Lebensbedingungen muss auch innerhalb der Kommunen gelten.
- Erhalt und Ausweitung von Programmen wie „Soziale Stadt“ und „Stadtumbau West“, die unerlässlich sind für die Verbesserung der Lebensqualität in benachteiligten Stadtteilen „auf der Kippe“ und den Umbau bis hin zum Abriss ganzer Wohnblöcke in dichtbesiedelten, heruntergekommenen Wohnungsbeständen.
- Ausweitung des Quartiersmanagement in Innenstädten und Stadtteilen mit sozialen Nachteilen.
- Einrichtung von Gestaltungsbeiräten aus unabhängigen Experten, die bei größeren Bebauungs- oder Stadtumbauprojekten beraten, um die Bauqualität zu verbessern.
- die Berücksichtigung der vielfältigen Interessen, kulturellen und religiösen Hintergründe der Bevölkerung bei Aufgaben der Stadtentwicklung; das gilt bei Kindertagesstätten, Schulen, Sport- und Freizeiteinrichtungen ebenso wie bei kommunalen Friedhöfen, die Menschen jedweder Weltanschauung Ruhestätten bieten;
- die Förderung von Mehrgenerationenwohnprojekten sowie Wohnprojekten und -gemeinschaften für ältere Menschen, die ein möglichst langes selbstbestimmtes, eigenständiges Leben ermöglichen;
- die Zusammenführung von Arbeit, Wohnen, Einkaufen und Freizeit statt weiterer Zersiedelung, die zu weiten Wegen zur Arbeit oder zum Einkaufen führt; dabei müssen die bestehenden Abstands- und Immissionsschutzregelungen strikt eingehalten werden;
- keine Einkaufszentren auf der „Grünen Wiese“; größere „Shopping Malls“ müssen in Stadtentwicklungskonzepte eingebunden werden;
- vorrangige Nutzung von gewerblichen Brachflächen für Neuansiedlungen von Gewerbe und Industrie; konsequente Verpflichtung der früheren Besitzer beziehungsweise Nutzer zur Altlastenbeseitigung;
- die Wiederbelegung der Innenstädte durch Wohnprojekte; der systematische Leerzug der 60er und 70er Jahre, bei dem massenhaft Wohnungen in Büros und Geschäfte umgewandelt wurden, muss „umgedreht“ werden;
- die Möglichkeiten zur Nutzung kommunaler Flächen durch Erbpacht statt Verkauf sollen ausgeweitet werden, um den kommunalen Einfluss zu erhalten;

- die Förderung des Denkmalschutzes durch die Kommunen, da Kommunen erst durch ihre Geschichte ein Gesicht erhalten; Aufstockung der Mittel für den Denkmalschutz durch das Land NRW auf mindestens 30 Mio. Euro jährlich;
- die Entwicklung von Mindeststandards und Ansprüchen an die Infrastruktur im kleinstädtischen und ländlichen Raum; hierzu gehören Angebote an Kindertagesstätten, Schulen, Ärzten, Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten sowie gute öffentliche Verkehrsverbindungen.
- die konsequente Umsetzung der Barrierefreiheit. Hierzu sollen bei allen Bauvorhaben der Seniorenbeirat und der Beirat für Menschen mit Behinderung beteiligt werden.

Thema: Verkehrskonzept in Wermelskirchen

Der Verkehrssektor hat bislang nicht zum Klimaschutz beigetragen, im Gegenteil: Die CO₂-Emissionen steigen. Der Bund setzt nicht erst seit dem Bundesverkehrswegeplan 2030 auf ungehemmtes Wachstum im umwelt- und gesundheitsschädlichen Autoverkehr und vernachlässigt gleichzeitig den öffentlichen Personenverkehr sowie den Rad- und Fußverkehr. Statt Wachstum beim motorisierten Individualverkehr brauchen wir eine sozialökologische Mobilitätswende, die alle Menschen und unser Klima schützt.

Die Mobilität, die wir Linke wollen, ist:

- flexibel
- ökologisch
- barrierefrei
- Fahrschein-frei

Denn Mobilität bedeutet Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und Zugang zu Gütern für alle!

Worauf wir dabei setzen?

- Verkehrsvermeidung
- kurze Wege
- energiesparende Verkehrsmittel

Was wir dafür brauchen sind Mobilitätskonzepte, die

- intelligent sind
- ökologisch sind
- sozial gerecht sind

Was das bringt?

- weniger Lärm
- weniger Abgasbelastungen
- weniger Flächenverbrauch durch den motorisierten Individualverkehr

DIE LINKE WERMELSKIRCHEN fordert:

- Innenstädte konsequent Autofrei gestalten.
- Gehwegbreiten von mindestens 2,50 Meter an allen Straßen durchsetzen
- Straßenbegleitendes Parken von KFZ minimieren, um diesen Raum für andere Verkehrsteilnehmer zu nutzen
- Tempo 30 auf dem Streckennetz der Stadt Wermelskirchen
- Das Fahrrad ist laut Straßenverkehrsordnung gleichberechtigt. Wir fordern die Gleichberechtigung in der Praxis, also im Straßenverkehr.
- Wir fordern eindeutig gekennzeichnete und für alle Verkehrsteilnehmern bei allen Sichtverhältnissen eindeutig erkennbare, sichere und gut befahrbare sowie vernetzte Radwege
- Radwege müssen sauber sowie verkehrssicher gehalten und beleuchtet werden. Im Winter fordern wir einen täglichen Räumdienst.
- eine sozialökologische Verkehrswende müssen neue Radwege, Fahrradstraßen und Radschnellwege gebaut, entsprechend eingerichtet und miteinander über Knotenpunkte verbunden werden.
- Wir fordern eine zielführende Umsetzung von Fahrradverleihsystemen

Thema: ÖPNV

Mobilität ist ein Recht aller Bürgerinnen und Bürger, das im öffentlichen Personennahverkehr nicht durch Profitorientierung eingeschränkt werden darf. Eine ökologische Verkehrswende wird durch private Unternehmen behindert. Warum ist das so? Arbeitsrechte und Umweltschutz spielen im Kapitalismus keine Rolle.

Wie wir LINKE den ÖPNV attraktiver, leistungs- und aufnahmefähiger machen wollen:

- Wir fordern den Auf- und Ausbau des öffentlichen Netzes und eine Verstärkung der Taktfrequenzen (in den Städten mindestens alle 7 Minuten).
- Wir fordern, wo möglich, den (Wieder-)Aufbau von elektrifizierten Straßenbahnnetzen, die vielerorts seit 1945 auch auf Druck der Autoindustrie durch Busse ersetzt wurden oder gänzlich entfallen sind.
- Wir fordern ein 365 Euro-Ticket (Hälfte für Empfänger von Sozialleistungen) als Übergang zu kostenfreien Konzepten. Für alle Sozialhilfe-Berechtigten verlangen wir die Einführung eines kreisweit geltenden Monatssozialtickets für maximal 15,- EUR. Für alle Schülerinnen und Schüler ein kostenfreies Schülerticket, das mindestens kreisweit gilt. Langfristig fordern wir einen steuerfinanzierten, fahrscheinlosen ÖPNV
- Wir fordern klimaneutrale Fahrzeuge, die nicht mehr mit fossilen Brennstoffen betrieben werden. Wir setzen wir auf Wasserstoff-/Brennstoffzellentechnologie, wie sie in Bussen in Köln, Wuppertal und teilweise im RBK eingesetzt wird. Diese Alternative ermöglicht hohe Reichweiten ermöglicht und ist vor allem im ländlichen und bergigen Bereich sinnvoll.
- Da ein Großteil der Pendler*innen aus dem Umland der Städte kommt, wollen

wir das Umland mit Stadtbahnlinien, einem verstärkten Angebot an Schnellbussen sowie mehr Park&Ride- und Bike&Ride-Plätzen an den Knotenpunkten besser an den Nahverkehr anbinden. Dafür brauchen wir auch Shuttlebusse.

Thema: Gutes Wohnen und bezahlbare Mieten

Das Menschenrecht auf angemessenes Wohnen ist sowohl in Artikel 25 (1) der „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ als auch in Artikel 11 (1) des UN-Sozialpakts verankert. Dieser Pakt ist keine unverbindliche Absichtserklärung: Er garantiert allen Menschen Rechte, die kein Staat gefährden darf bzw. für deren Einhaltung ein Staat zuständig ist.

Das Recht auf Wohnen bedeutet mehr als ein Dach über dem Kopf. Das Recht auf Wohnen bedeutet das Recht auf

- eine gesunde Wohnumwelt
- soziale Nachbarschaften und Stadtteile
- Zugang zu öffentlichen Einrichtungen
- Teilhabe an der Stadt

Wohnen in Deutschland wird immer teurer. Das liegt an Bodenspekulation und einer nicht wirksamen Mietpreisbremse. Beides führt dazu, dass Menschen mit mittlerem, niedrigem und ohne eigenes Einkommen aus bestimmten Wohnlagen verdrängt werden. Das gilt ebenso für soziale oder kulturelle Einrichtungen. Deshalb gehören eine soziale Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik zu den unverzichtbaren Kernaufgaben der Gesellschaft und sind eng miteinander verbunden. In den vergangenen Jahrzehnten wurden allerdings wesentliche Grundlagen einer sozialen Wohnungspolitik beseitigt: Die Wohnungsgemeinnützigkeit wurde abgeschafft, die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen erleichtert und öffentliche Wohnungsbestände privatisiert. Der soziale Wohnungsbau ist in weiten Teilen des Landes zum Erliegen gekommen. Kurz: Die Wohnraumversorgung wurde immer mehr dem Markt überlassen.

DIE LINKE WERMELSKIRCHEN fordert daher:

- die Bereitstellung von deutlich mehr Sozialwohnungen als bisher
- eine Quote von mindestens 20 % der Fläche bei allen noch nicht rechtsgültigen und zukünftigen Bebauungsplänen für geförderten Wohnbau.
- die Rechte der Mieterinnen und Mieter stärken. Wir meinen: Niemand darf in Folge eines Eigentümerwechsels oder aufgrund von Umbaumaßnahmen aus seiner Wohnung vertrieben werden. Der Kündigungsschutz für Mieter*innen muss ausgebaut, das Recht auf Eigenbedarfskündigungen muss eingeschränkt werden
- eine wirksame Mietpreisbremse. Dazu müssen sich die kommunalen Mietspiegel

an allen Bestandsmieten orientieren, und nicht nur – wie bisher – an den Abschlüssen der letzten Jahre. Unser Ziel: Die Mieter*innen dürfen nach den baulichen Eingriffen nicht mehr Miete zahlen müssen, als sie infolge dieser Maßnahmen einsparen (Warmmietenneutralität)

- die Angemessenheitsgrenzen für die Kosten der Unterkunft müssen von den Kommunen so an die Mietentwicklung angepasst werden, dass Zwangsumzüge vermieden werden. Wohnungen mit Sozialbindung müssen immer als angemessen gelten
- wo ein Bedarf an zusätzlichen Wohnungen besteht, müssen die kommunalen Wohnungsunternehmen ihre Bauleistungen dauerhaft erhöhen
- In NRW waren 2018 mehr als 44.400 Menschen wohnungslos. Die Linke Wermelskirchen fordert eine Ausweitung der Unterbringungsmöglichkeiten für Wohnungslose sowie ein effektives Programm wie „housing first“ in Wermelskirchen
- Die Stadtverwaltung muss ein Baulückenkataster einführen, um Baulücken für Sozialwohnungen zu nutzen, anstatt unwillkürlichen Flächenfraß zu fördern
- das Land muss aufgefordert werden, die kommunale Wohnungsaufsicht – wie von den Sachverständigen der Enquete-Kommission des nordrhein-westfälischen Landtags vorgeschlagen – zu einer Pflichtaufgabe nach Weisung zu machen. Die Kommunen müssen bei der Erfüllung dieser Aufgabe finanziell unterstützen werden.
- Wermelskirchen darf Bauland nicht mehr privatisieren. Es muss vor allem kommunalen und anderen gemeinwohlorientierten Wohnungsunternehmen nach dem Erbbaurecht für den Bau von Wohnungen im Preissegment der öffentlichen Wohnungsbauförderung zur Verfügung stehen. Vom Bund fordern wir, kommunale Vorkaufsrechte auszuweiten und die Kaufpreise in diesen Fällen zu begrenzen
- private Investoren müssen durch das Konzept „sozialgerechte Bodennutzung“ unter bestimmten Voraussetzungen zum Bau von mietpreisgebundenen Wohnungen verpflichtet werden